

29.11.2013

Niederschrift

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen

am 30.09.2013 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III | Friedrich-Ebert-Straße
17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 18:35 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Wolfgang Barrenbrügge

Kreistagmitglieder SPD

Frau Brigitte Cziehso

Herr Carsten Jaksch-Nink

Frau Ursula Lindstedt

anwesend bis 17.00 Uhr

Herr Dieter Mendrina

Herr Gerd Oldenburg

Herr Heinz Steffen

Herr Walter Teumert

anwesend bis 18.00 Uhr

Herr Rüdiger Weiß

anwesend bis 18.15 Uhr

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Theodor Rieke

anwesend bis 17.30 Uhr

Kreistagmitglieder CDU

Herr Peter Dörner

anwesend bis 17.25 Uhr

Herr Wilhelm Jasperneite

Herr Helmut Krause

Herr Gerhard Meyer

anwesend bis 18.30 Uhr

Herr Carl Schulz-Gahmen

anwesend bis 18.10 Uhr

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Andrea Hosang

Frau Anke Schneider

Kreistagmitglieder FDP

Herr Dipl.-Ing. Wolfgang Schilken

Herr Andreas Wette

anwesend bis 18.15 Uhr

Kreistagmitglieder DIE LINKE.

Herr Werner Sell

Kreistagmitglieder FWG

Herr Helmut Stalz

anwesend bis 17.35 Uhr

Sachkundige Bürger/innen GFL

Herr Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel

anwesend bis 18.05 Uhr

Gäste

Herr André Pieperjohanns, Geschäftsführer der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna (VKU)

Herr Dr. Michael Dannebom, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Kreis Unna (WFG)

Verwaltung

Herr Dr. Thomas Wilk, Kreisdirektor

Herr Dr. Detlef Timpe, Dezernent

Herr Heinz Appel, Fachdienstleiter

Frau Birgit Scholz, Schriftführerin

Herr Barrenbrügge begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung ändert sich dahingehend, dass als neuer Unterpunkt zu Punkt 4 der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 146/13) hinzugefügt wird. Weitere Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|------------------|--------|---|
| Punkt 1 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | 110/13 | Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2013 |
| Punkt 3 | 128/13 | Nachhaltigkeitsstrategie Kreis Unna |
| Punkt 4 | | Grundsätze zur Haushaltsplanung des Kreises Unna |
| Punkt 4.1 | 124/13 | Grundsätze zur Haushaltsplanung des Kreises Unna |
| Punkt 4.2 | 146/13 | Grundsätze der Haushaltsplanung des Kreises Unna;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.09.2013 |
| Punkt 5 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 6 Vorstellung der Wirtschaftsplandaten der Kreisgesellschaften; mündlicher Bericht
- WFG (Herr Dr. Michael Dannebom)
- VKU (Herr André Pieperjohanns)

Punkt 7 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2 110/13 Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2013

Erörterung

Herr Dr. Wilk teilt mit, dass er auf die Details innerhalb des Budgetberichtes nicht eingehen möchte, da diese zeitlich nicht mehr aktuell seien. Bis zum 01.10.2013 sollten die aktuellen Zahlen für den Budgetbericht zum Stichtag 30.09.2013 vorgelegt werden. Das bereits festgestellte voraussichtliche Defizit zum Jahresende von 1,2 Millionen Euro werde sich auf voraussichtlich 2,2 Millionen Euro erhöhen. Eine wesentliche Verschlechterung stellten die kommunalen Kosten der Unterkunft, somit der kommunale Anteil an den SGB II-Leistungen für Unterkunft und Heizung, dar. Bis zum Jahresende werde dort mit einer Verschlechterung um 5,5 Millionen Euro gerechnet. Seit Dezember letzten Jahres habe es innerhalb eines Zeitraums von acht bis neun Monaten eine Zunahme an Bedarfsgemeinschaften um 840 auf deutlich über 20.000 gegeben. Zudem seien die einzelnen Bedarfsgemeinschaften teurer geworden. Hier spiele auch das Urteil des Bundessozialgerichtes aus Mai 2012 zur Angemessenheit der Wohnungsgröße eine Rolle. Des Weiteren wären die kalten Mietkosten sowie die Energiekosten gestiegen. Zwischenzeitlich habe es einige, auch durchaus kontroverse, Gespräche mit der Geschäftsführung des Jobcenters gegeben, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Dennoch gehe man von der bereits genannten voraussichtlichen Verschlechterung um 5,5 Millionen Euro aus.

Die Einheitslastenabrechnung werde sich ebenfalls negativ auf die laufende Haushaltsbewirtschaftung auswirken. Hinter diesem Begriff verbergen sich die Kosten der Wiedervereinigung, also die kommunalen Anteile, die von den Ländern herangezogen würden. Es existiere ein komplizierter Berechnungsschlüssel und der Kreis Unna sei für die Jahre 2009 bis 2011 mit 2,4 Millionen Euro belastet worden. Dieser Betrag werde auch im Jahr 2013 aufwandswirksam. Es gebe zwei große Rückstellungen auf der Haben-Seite, die aufgelöst werden könnten. Eine Rückstellung betreffe den Bereich Bildung und Teilhabe in Höhe von 1,9 Millionen Euro. Eine weitere Rückstellung sei für den Bereich der angemessenen Wohnungsgrößen in Höhe von 1,6 Millionen Euro gebildet worden. Davon könne jetzt eine Summe in Höhe von 1,2 Millionen Euro aufgelöst werden. Man habe angenommen, dass das Jahresende mit einem Saldo von 2,2 Millionen Euro abschließe, wenn nicht im September eine Haushaltssperre verhängt worden wäre. Die Haushaltssperre habe zum Ziel, das Defizit erheblich zu verkleinern. Im Bereich der sonstigen ordentlichen Aufwendungen wie zum Beispiel

Aus- und Fortbildungskosten, Geschäftsaufwendungen, Reisekosten usw. seien 25 Prozent gesperrt worden. Diese Summe beliefe sich auf knapp eine Million Euro. Sofern das Defizit um eine Million Euro gesenkt werden könne, würde sich voraussichtlich ein Jahresergebnis von minus 1,2 Millionen Euro ergeben. Daraus folge, dass die Ausgleichsrücklage nicht vollständig und die allgemeine Rücklage überhaupt nicht angegriffen werden müsste, so Herr Dr. Wilk.

Punkt 3 128/13 Nachhaltigkeitsstrategie Kreis Unna

Erörterung

Herr Dr. Timpe berichtet anhand einer Folienpräsentation, welche aufgrund ihres Umfangs online über das Kreistagsinformationssystem „SessionNet“ abrufbar ist. Er teilt mit, dass innerhalb der Steuerungsgruppe (siehe Folie 7) die wesentlichen Inhalte der Nachhaltigkeitsstrategie beraten worden wären. Die in der Strategie angesprochenen sechs Themenfelder seien für die weitere Entwicklung des Kreises durchaus von Bedeutung. Man würde sich insbesondere um die drei Themenfelder Wirtschaft, Beschäftigung und Bildung bemühen. Er erläutert den Beschlussvorschlag der Drucksache und teilt mit, dass eine entsprechende Auseinandersetzung nicht mit Blick auf den Haushalt 2015 erfolge. Möglicherweise gebe es Fördermittel, womit dann eventuell die eine oder andere externe Hilfe finanziert werden könne.

Auf Nachfrage von Frau Hosang (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) teilt Herr Dr. Timpe mit, dass nicht alles sofort flächendeckend bearbeitet werden könne, denn dahinter stecke sehr viel Arbeit. Anfangs sollten, real, besonders wichtige Themenfelder behandelt werden. Daher habe man die bereits vorab benannten Themenfelder herausgegriffen. In der jetzigen Arbeitsphase sei eine Umsetzung im Haushalt 2014 einfach nicht möglich. Daher biete sich das Frühjahr 2015 als geeigneterer Zeitraum an. Dann wisse man auch, ob eine Anschlussförderung gewährt würde.

Herr Prof. Dr. Hofnagel (Gruppe GFL) erörtert, dass sich die Gruppe GFL wünsche, wohlwissend, dass die Kapazitäten durchaus beschränkt seien, darüber nachzudenken, inwieweit in einem Nachhaltigkeitsbericht auch mit Blick auf die Generationengerechtigkeit der Punkt Finanzen aufgenommen werden müsste. Des Weiteren müssten in dem Bericht die Schwachpunkte der CO²-Belastung wesentlich direkter angesprochen werden.

Ergänzend zur Nachfrage von Frau Hosang teilt Herr Dr. Wilk mit, dass die Verwaltung die Thematik mittrage und dass die begrenzten finanziellen Mittel zielgerichteter und nachhaltiger zum Einsatz kommen sollten. Die Vorbereitungen für den Haushalt 2014 liefen bereits, weshalb es nicht genügend Vorlauf für eine Einbeziehung in den Haushalt 2014 gegeben hätte.

Herr Dr. Timpe führt den Nachhaltigkeitsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2012 an und teilt mit, dass dort das Thema Schuldenpolitik/Nettoneuverschuldung usw. angeführt werde. Es sei mehr als lohnenswert, darüber nachzudenken, hieran weiterzuarbeiten.

Herr Krause bittet aufgrund von Beratungsbedarf der CDU-Fraktion darum, heute keinen Empfehlungsbeschluss zu fassen und die Beratungen in den Kreisausschuss bzw. in den Kreistag zu verschieben.

Frau Cziehso äußert für die SPD-Fraktion, dass diese die Drucksache ausdrücklich begrüße. Die Drucksache sei die Grundlage dafür, eigene Gedanken überprüfen, revidieren, erweitern oder ergänzen zu können.

Sie spreche sich dafür aus, heute noch nicht über beide Drucksachen abzustimmen, da von einem interfraktionellen Beratungsbedarf ausgegangen werde. Des Weiteren sollte auch noch über die von Frau Cziehso aufgeworfenen Fragen diskutiert werden.

Auf einen Einwand von Herrn Schilken erörtert Herr Dr. Wilk, dass die Verwaltung auf der Grundlage des politischen Antrages der CDU-Fraktion und nicht auf der Grundlage der letzten Haushaltsrede dieser Fraktion gearbeitet habe.

Des Weiteren äußert Herr Dr. Wilk zur Wortmeldung von Herrn Prof. Dr. Hofnagel, dass sich die Verwaltung in Bezug auf die Formulierung konkret an den eingereichten Antrag der CDU-Fraktion gehalten habe, dieser sei quasi übersetzt worden. Diesbezüglich hätte mehr als ein Gespräch stattgefunden.

Die Gruppe FWG begrüße die hinter der Drucksache steckende Intention, so Herr Stalz. Er verweist auf die Anlage zur Drucksache und regt an, bei Punkt 1.1 „Deckungsvorschläge“ Überlegungen zu eventuellen Textänderungen aus rechtlicher Sicht anzustellen.

Herr Jasperneite führt aus, dass in drei gleichlautenden Briefen der Bürgermeister aus Schwerte, Selm und Bönen ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept gefordert worden sei. Aufgrund dieser Briefe habe die CDU-Fraktion den damaligen Antrag formuliert und dieser sei beschlossen worden. Die Verwaltung habe den Antrag auch nicht wegen Rechtsunstimmigkeiten zurückgewiesen. Am 08.01.2008 sei ein Haushaltssicherungskonzept von 2008 bis 2011 zum Finanzrahmen beschlossen worden. Wenn es allerdings kein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept geben solle, dann müsse zumindest der Anspruch vorliegen, dass im Handeln des Kreises deutlich darauf geachtet werde, keine zusätzlichen Ausgaben zu generieren. Er bitte darum, über diese Drucksache heute nicht abzustimmen und eine Beschlussfassung im nächsten Kreistag herbeizuführen.

Auf Nachfrage von Frau Hosang äußert Herr Dr. Wilk, dass diese Drucksache auf einem Antrag der CDU-Fraktion basiere. In dieser Drucksache müsse sich selbstverständlich der Inhalt des grundsätzlichen Antrages wiederfinden. Die Verwaltung habe durchaus in den Jahren und Jahrzehnten zuvor bereits klare Leitlinien gehabt, Deckelungen vorzunehmen und Ausgaben zu senken, wo es eben möglich gewesen sei. Hier habe jetzt die Verwaltung lediglich einen politischen Antrag in eine Drucksache transformiert.

Zurückkommend auf die Anmerkung von Herrn Stalz teilt er mit, dass sich in dem Text keine rechtlich unzulässigen Inhalte befänden. Die Verwaltung bewege sich im Bereich einer freiwilligen Selbstverpflichtung. Bezüglich des Abstimmungsverhaltens in externen Gremien könne sich die Politik in vielerlei Hinsicht freiwillig verpflichten, indem sie eine Drucksache beschließe. Herr Dr. Wilk weist ausdrücklich darauf hin, dass keine Sanktionen daran geknüpft seien, wenn sich die Politik abweichend von einer freiwilligen Selbstverpflichtung verhalte.

Frau Cziehso erläutert nochmals ihre Ausführungen zur vorliegenden Thematik und teilt mit, dass die SPD-Fraktion für inhaltliche Diskussionen offen sei. Die heute angeführten Punkte werde sie in die Diskussion innerhalb der SPD-Fraktion entsprechend einbringen.

Herrn Prof. Dr. Hofnagel sei wichtig, dass es sich um ein Grundsatzpapier handele. Jede Fraktion und Gruppe sollte darüber nachdenken, ob auch tatsächlich die Grundsätze zur Haushaltsplanung des Kreises Unna mit langfristiger Wirkung wiedergegeben würden. Wesentliche Grundsätze aus der Gemeindeordnung seien nicht angeführt und auch rechtlich deute er den Inhalt anders.

Die Drucksache wird ohne Empfehlungsbeschluss zur weiteren Beratung in den Kreisausschuss bzw. Kreistag gegeben.

**Punkt 4.2 146/13 Grundsätze der Haushaltsplanung des Kreises Unna;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.09.2013**

Erörterung

siehe Punkt 4.1

Punkt 5 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Einleitung eines Benehmensherstellungsverfahrens durch den Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL)

Herr Dr. Wilk teilt mit, dass der LWL am 23.07.2013 das Benehmensherstellungsverfahren eingeleitet habe. Das Eckdatenpapier sei erst Mitte Oktober zu erwarten und am 05.11.2013 gebe es eine Besprechung des LWL mit den Mitgliedskörperschaften. Der Kreis Unna habe mit Schreiben vom 12.09.2013 eine Stellungnahme zu dem Ausgangsschreiben abgegeben, mit dem die Benehmensherstellung eingeleitet worden sei. Darin sei auf die Lage des Kreises sowie der Städte und Gemeinden hingewiesen worden mit der Botschaft, dass eine dramatische Finanzsituation vorliege. Aus dem Eckdatenpapier sei ersichtlich, dass gegenwärtig für die Landschaftsumlage eine Größenordnung von 87 Millionen Euro kalkuliert werde. Man habe den LWL aufgefordert, die Höhe der Umlage zu begrenzen. Weitere Informationen folgten, so Herr Dr. Wilk.

2. Baubetrieb am Haus Opherdicke

Herr Dr. Wilk führt aus, dass am Haus Opherdicke zurzeit massive Baumaßnahmen durchgeführt würden. Die dortige Hoffläche erhalte eine neue Pflasterung. In dieser Bauphase sei es sehr schwierig, überhaupt Besucher in der Ausstellung bzw. im Café begrüßen zu können. Aus diesem Grunde habe er vorgeschlagen, für die Dauer der Bautätigkeit und eventuell noch zwei Wochen darüber hinaus die Eintrittspreise auszusetzen. Es handele sich um einen kleinen Betrag, aber dadurch könne das Stammklientel gehalten werden.

3. Einheitslastenabrechnungsgesetz – Landschaftsumlage

Frau Hosang informiert darüber, dass der Landschaftsverband damit rechne, 27 Millionen Euro zurückzahlen zu müssen. Davon habe er aber nur elf Millionen Euro in seiner Rücklage und das bedeute doch wohl, dass von den 16 Millionen Euro, bzw. einem Teil davon, der Kreis über die Umlage finanziell belastet werde. Sie möchte wissen, ob sie damit richtig läge und mit welcher Summe hier zu rechnen sei.

Herr Dr. Wilk antwortet, dass die Informationen Frau Hosangs korrekt wären. Der Kreis Unna habe eine Rücklage von 300.000 Euro gebildet, denn es hätte nur ein Bescheid in dieser Höhe vorgelegen. Die Bildung einer anderen Rücklage sei nicht möglich gewesen. Diese Situation fände man auch beim Landschaftsverband vor. Im Rahmen der Landschaftsumlage werde sich der Kreis Unna daran beteiligen. Allerdings müsse die genaue Summe zunächst errechnet werden. Er schlage vor, diesbezüglich das Eckdatenpapier abzuwarten.

Anlagen

1. zu Punkt 3: Folienpräsentation Nachhaltigkeitsstrategie Kreis Unna – Bericht Herr Dr. Timpe
(online *abrufbar*)
2. zu Punkt 6: Folienpräsentation - Bericht der WFG, Geschäftsführer Herr Dr. Dannebom
3. zu Punkt 6: Folienpräsentation - Bericht der VKU, Geschäftsführer Herr Pieperjohanns

gez. Wolfgang Barrenbrügge
Vorsitzender

gez. Birgit Scholz
Schriftführerin